



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

Strassburg, wie hast du's mit der Religion? (Gastkommentar)

Langer, Lorenz

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-161219>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Langer, Lorenz. Strassburg, wie hast du's mit der Religion? (Gastkommentar). In: Neue Zürcher Zeitung, 28 November 2018, 9.

«Frauenpower – aber bitte nur Teilzeit»

Claudia Wirz schreibt Versorgungslücken in der Nutztiermedizin dem hohen Frauenanteil in diesem Beruf zu (NZZ 17.11.18). Ich habe Veterinärmedizin zu einer Zeit studiert, als Ausbildung und Beruf noch fest in Männerhand waren. Die typische Praxis sah so aus: Der Mann arbeitete als Tierarzt, meist war er unterwegs, da er seine Patienten – Nutztiere – in ihren Ställen besuchte und behandelte. Seine Frau blieb zu Hause und bediente neben dem Haushalt das Telefon (Handy gab es ja noch nicht) und half auch oft in der Praxis mit. Es gab viele kleine Bauernbetriebe mit wenigen Nutztieren, die jedoch medizinisch vielfältig behandelt wurden. Reine Kleintierpraxen gab es nur in der Stadt, und die Ansprüche der Besitzer an die medizinische Versorgung ihrer Lieblinge hielten sich in Grenzen. Dies hat sich grundlegend geändert. Es gibt weniger, aber grössere Bauernhöfe, in denen Hochleistungskühe stehen, die auch mit Computern überwacht werden, die Wirtschaftlichkeit steht stärker im Vordergrund als im früheren Kleinbetrieb, Prophylaxe ist wichtiger als die Behandlung des Einzeltieres.

All dies macht den Beruf des Gross-tierarztes medizinisch weniger attraktiv, und zudem ist er auch körperlich sehr anstrengend. Ganz anders ist die Entwicklung in der Kleintierpraxis. Der heutige Hunde- oder Katzenfreund erwartet eine Behandlung, die der in der Humanmedizin möglichst nahekommt, und ist auch bereit, dafür zu bezahlen. Die moderne Kleintierpraxis ist mit teuren Geräten ausgerüstet, die sich eine Einzelperson gar nicht leisten kann. So entstehen Gruppempraxen, z. T. durch Grossfirmen finanziert, in denen auch Teilzeitarbeit möglich ist. Den veränderten Umständen hat sich auch die Ausbildung angepasst, die für Frauen attraktiver ist (zu meiner gehörte noch Hufbeschlag). Es sind die veränderten Anforderungen an die Tierärzte, heute Tierärztinnen, die zu dieser «Frauenpower» geführt haben, und die es ihnen auch erlauben, Beruf und Familie zu verbinden. Eine Männerquote würde daran ganz sicher nichts ändern.

Gret Lott-Stolz, Uerikon, Tierärztin

Als Tierärztin, die selbst im Berggebiet gearbeitet hat und nun im Veterinärdienst tätig ist, und Mutter zweier Kinder sehe ich die Problematik weitreichender. Engpässe in der Versorgung der ländlichen Tierarztpraxis allein einem Geschlecht in die Schuhe zu schieben, ist zu kurz gedacht. Ich bin fest davon überzeugt, dass flexible, moderne und verlässliche Arbeitszeitmodelle auch den Tierärzten mit Familie helfen, ihre Passion weiter auszuüben. Leider ist das Angebot in der Praxis kaum vorhanden. Die Tatsache, dass die Kinderbetreuung in der Schweiz

Korrigendum

zz · In der NZZ vom 27. November 2018 wurde SVP-Nationalrat Heinz Brand dem falschen Verband von Krankenversicherern zugeordnet. Brand ist Präsident von Santésuisse (und nicht von Curafutura). Die beiden Verbände vertreten bei den Mehrjahresverträgen für Wahlfranchisen unterschiedliche Positionen. Während Santésuisse den Entscheid des Nationalrats vom Montag zugunsten solcher Verträge begrüsst, ist Curafutura gegen solche Verträge.

anders als in den Nachbarländern enorm teuer ist, erschwert die Situation. Meiner Meinung nach ist das Problem ein strukturelles. Es auf ein Geschlecht herunterzubrechen, ist zu einfach und nebenbei diskriminierend.

Annika Reiter, Frauenfeld, Tierärztin

Uno-Migrationspakt

Ich kann dem Kommentar von Lucien Scherrer vom 22. 11. 18 nur zustimmen, und es ist notwendig, dass über diesen Migrationspakt diskutiert wird. Man kann zum Migrationspakt stehen, wie man will, aber es ist gefährlich, wenn Begriffe verwischt werden und so bei einer Absichtserklärung von einem Pakt und einem Soft Law gesprochen wird. Unter einem Pakt kann ein Vertrag, ein Bündnis oder eine zwischenstaatliche Übereinkunft verstanden werden, so dass sehr wohl nach einer Unterzeichnung eines solchen Dokumentes rechtliche Verpflichtungen abgeleitet werden könnten und dieser Pakt zu einem sogenannten Soft Law mutiert, ein ebenfalls sehr gefährlicher Begriff. Gibt es dann später nebst dem eigentlichen Law (Gesetz) ein Hard Law, ein Little Hard Law, ein Very Soft Law? Ein Gesetz sollte ein Gesetz sein, dies kann strenger oder milder ausgestaltet werden, aber immer Gesetz bleiben und nicht durch schwammige Begriffe unterhöhlt werden.

Beat A. Gürtler, Rüschlikon

Zu viel graue Energie bei Elektroautos

Das batteriebetriebene Elektrofahrzeug hat eine schlechtere CO₂-Bilanz als ein Dieselauto («Wir brauchen das Elektrofahrzeug, um die CO₂-Ziele zu erreichen», NZZ 19. 11. 18). Der Grund dafür ist die «graue Energie», d. h. die Energie die aufgewendet werden muss, um das Fahrzeug und seine Komponenten herzustellen und betriebsbereit zu halten. Beim Dieselauto hat der Betriebsstoff 12 kWh Energiegehalt/kg. Davon kommt ein Viertel, d. h. 3 kWh/kg, auf die Räder. Beim Elektroauto hat der Li-Ion-Akku bloss 200 Wh Energiegehalt/kg. Davon kommen drei Viertel, d. h. 150 Wh/kg, auf die Räder. Der Li-Ion-Akku hält auch nur etwa 2000 Ladezyklen, danach muss er ersetzt werden, was graue Energie kostet. Hinzu kommt der Energieverbrauch durch totes Gewicht: Ein Dieselauto führt etwa 50 kg Treibstoff mit sich. Für dieselbe Autonomie muss das Elektroauto 1000 kg Lithium-Akku mit sich schleppen. Diese zusätzliche Tonne muss im Stadtverkehr laufend beschleunigt und wieder abgebremst werden, was Energie kostet.

Das Argument, dass das Elektroauto dafür mit ökologischer Hydroelektrizität oder mit Solarstrom fährt, wird durch die Notwendigkeit, Akkus herstellen zu müssen, völlig zunichtegemacht, denn für die Lithium-Akkus sind chemische Materialien nötig, die wiederum auf Petroleumbasis erarbeitet werden müssen, was in der CO₂-Bilanz negativ zu Buche schlägt. Auch dass man rein mit Wasserenergie oder Solarstrom fahren könne, ist gegenwärtig noch Wunschdenken. In Deutschland werden wieder neue Kohlekraftwerke gebaut, um dem wachsenden Elektrizitätskonsum Stirn bieten zu können, und damit beisst sich nun das Argument von Herbert Diess wirklich in den Schwanz. Beim Kohlekraftwerk werden

etwa 30 Prozent der in der Kohle enthaltenen Energie in Elektrizität umgesetzt, davon kommen über das Netz noch 25 Prozent beim Benutzer an. Wird damit ein Akku geladen, so hat man noch etwa 19 Prozent davon gespeichert, und es kommen schliesslich noch 14 Prozent auf die Räder. Ein Dieselmotor bringt dagegen 25 Prozent der im Treibstoff enthaltenen Energie auf die Strasse. Mit anderen Worten: Volkswagen setzt hier auf einen hinkenden Gaul.

Edgar Müller, Lausanne

Neue Vorschläge?

Neue Vorschläge für unsere Agrarpolitik (NZZ 24. 11. 18)? Vermutlich braucht es das. Aber in erster Linie braucht es sachliches Verständnis. Unsere Landwirtschaft kostet viel Geld, zugegeben. Aber denken die Kritiker der heutigen Agrarpolitik daran, dass sich die Landwirtschaft auch bei uns in einem doch recht radikalen Umbruch befindet? Dass der Staat viel Geld ausgibt, damit der starke Strukturwandel nicht noch stärker wird? Ein grosser Teil der Bauern ist trotz allen Beiträgen nicht in der Lage, das für das Weiterbestehen des Betriebes nötige Geld zu verdienen. Beachten die Kritiker im Weiteren, dass Bioprodukte nicht nur im Laden teuer sind, sondern auch dem Staat zusätzliche Kosten (für weitere Beiträge) verursachen? Ein Bioland Schweiz müssen wir auch zahlen können und wollen! Denken die Biofans daran, dass Grasland eigentlich keine Pflanzenschutzmittel benötigt? Bioproduktion bei Graswirtschaft ist leicht zu verwirklichen! Auch ich würde als Bauer im Graswirtschaftsgebiet auf Bio umstellen. Zerstören die Bauern unsere Lebensgrundlagen? Weshalb denn die enormen Ertragssteigerungen in den letzten Jahrzehnten? Antibiotika gegen Eutererkrankungen: Spielt vielleicht auch die Produktion von Rohmilchkäse eine Rolle, die nach möglichst kleiner Keimzahl in der angelieferten Milch verlangt? Flächendeckende Überdüngung des Mittellandes? Gibt es einen Bauern, der viel Geld für Dünger aufwendet, ohne dass es sich auf den Ertrag auswirkt?

Karl Hostettler, Aadorf

Der bedenkenswerten Auslegeordnung von Angelika Hardegger zur Agrarpolitik füge ich ein Erlebnis bei, das ich bei einer Bergwanderung im Spätherbst gemacht habe. Schon von weitem waren Bauern mit dicken Schläuchen zu sehen. Grossflächig brachten sie Jauche aus. Aus der Nähe wurde das Resultat sichtbar: Eine dicke Schicht aus Gülle und Stroh auf den steilen Alpweiden. Ich sprach den Bauern auf sein Tun an. Er meinte, dass es halt nicht anders gehe und die Natur alles wieder ins Lot bringen würde. Zum Schluss bedankte er sich dafür, das Vorkommnis nicht einer kantonalen Stelle oder Pro Natura zu melden. Das Vertrauen in die Bauernschaft wird durch solche Aktionen nicht gestärkt und auch nicht das Verständnis für öffentlichen Beiträge, die einen ökologischen Umgang mit der Natur abgelten.

Beat Schirmer, Schinznach-Bad

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Strassburg, wie hast du's mit der Religion?

Gastkommentar

von LORENZ LANGER

Dass die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) kein sonderlich weltoffenes Gedankengut vertritt, ist nicht erst seit der von ihr initiierten Ablehnung des Uno-Migrationspakts durch die österreichische Koalitionsregierung bekannt. Auch die Islamkritik ist seit Jahren zentraler Teil des freiheitlichen Programms und Selbstverständnisses. Entsprechend war bei einem 2008 vom FPÖ-Bildungsinstitut durchgeführten Seminar über die «Grundlagen des Islam» kaum eine objektive und wissenschaftliche Einführung zu erwarten – schon das Programm versprach, dass hier das «Deckmäntelchen der Toleranz» gelüftet würde. Die Seminarleiterin fuhr vor den Teilnehmern – durchgehend Parteisympathisanten, mit Ausnahme einer verdeckt recherchierenden Journalistin – denn auch schweres Geschütz auf: So bezichtigte sie etwa den Propheten Mohammed mit Verweis auf seine Ehe mit der jungen Aisha pädophiler Neigungen.

Auf Anzeige der Journalistin wurde die Leiterin wegen «Herabwürdigung religiöser Lehren» zu einer Busse verurteilt. Mit Hinweis auf die Diagnoseklassifikation der Weltgesundheitsorganisation führten die österreichischen Gerichte aus, Mohammeds Beziehung zu Aisha sei nicht als pädophil zu taxieren; die Äusserungen der Seminarleiterin seien deshalb geeignet gewesen, religiöse Gefühle zu verletzen. Der von der Seminarleiterin angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nun entschieden, dass die Sanktionierung dieser Äusserungen dem Schutz des religiösen Friedens diene und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sei; das Recht auf freie Meinungsäusserung wurde folglich nicht verletzt.

EGMR-Beschwerden in Zusammenhang mit Religionsbeleidigung gründen auf zwei diametral entgegengesetzten Vorwürfen. Entweder wird moniert, dass ein Konventionsstaat die Beleidigung eines Bekenntnisses nicht pönalisiert; entsprechende Beschwerden

Einmal mehr legt der EGMR bei Religionen einen anderen Massstab an.

wurden gegen das Vereinigte Königreich wegen der «Satanischen Verse» und gegen Dänemark wegen der Mohammed-Karikaturen erhoben. Oder die Konvention soll – wie vorliegend – verletzt sein, weil blasphemische Äusserungen geahndet wurden. In beiden Fällen verweist der Gerichtshof stets auf den subsidiären Charakter der Konvention. Insbesondere bei religiösen Fragen räumt der EGMR den Mitgliedstaaten einen erheblichen Ermessensspielraum ein. Diese Zurückhaltung eines internationalen Spruchkörpers ist verständlich (nicht nur in der Schweiz rufen «aktivistische» Strassburger Urteile Protest hervor). Aber warum soll gerade bei religiösen Fragen dieses Ermessen besonders weit gefasst werden?

Im Perinçek-Fall gegen die Schweiz hatte der EGMR 2015 entschieden, dass die Bestrafung eines türkischen Politikers wegen Leugnung des Armenier-Genozids die Redefreiheit verletze. Denn diese Leugnung führe zu keiner konkreten Bedrohung und historische Forschung sei definitionsgemäss kontrovers. Die Verurteilung der Seminarleiterin für Äusserungen, die ebenfalls eine rein abstrakte Gefährdung schufen, schützt der EGMR hingegen und rügt ihre inkorrekte Wiedergabe historischer Fakten.

Mehr noch – eine solche Abschirmung religiöser Gefühle soll sogar konventionsrechtlich geboten sein. Aber obliegt es wirklich dem nationalen Gesetzgeber, gestützt auf religiöse Dogmatik zu entscheiden, welche religiösen Sensibilitäten strafrechtlich zu schützen sind? Wenn die theologische Perspektive bestimmt, welche Personen und Themen der (oft eben) kaustischen Kritik entzogen werden, so wird die öffentliche Diskussion in einem ganz zentralen Aspekt gehemmt.

Einmal mehr legt der EGMR bei Religionen einen anderen Massstab an. In den öffentlichen Gottesdiensten zahlreicher Religionen wird den Anders-, Nicht- und erst recht den Nicht-mehr-Gläubigen moralische Verderbtheit vorgeworfen und mit ewigem Höllenfeuer gedroht. Aber diese verlorenen Seelen sind offenbar robust genug, um solche Anwürfe auszuhalten – obwohl die Konvention auch ihre Überzeugungen schützt.

Lorenz Langer unterrichtet und forscht an der Universität Zürich und am Liechtenstein-Institut.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 239. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Stellvertreter:

Colette Gradwohl, Daniel Wechlin, Andreas Schürer

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schürer, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andros Wylsing, Werner J. Marti, Andreas Ernst, Beat Bumbacher, Patrick Zoll,

Christian Weistfog, Daniel Steinvorth, Ivo Mijnsen, Dominique Burckhardt

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Daniel Gerny, Frank Sieber, Erich Aschwarden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer

Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster

Bundesgericht: Kathrin Alder

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttz Ruzic, Andrea Martel Fus, Gerald Hosp, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlöhner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller, Dominik Feldgus

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Thomas Ribli, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Östwald, Philipp Meier, Claudia Mäder
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Stefan Hotz, Adi Kälin, Katja Baigger, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Calina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Philipp Bartsch, Samuel Burgener, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Bertschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Herbert Schmidt, Birgit Schmid, Matthias Sander

Reporter: Marcel Gyr, Anja Jardine, Martin Beglinger

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Katrin Schragenberger, Raffaella Angstmann, Tobias Ochsenbin, Michael Schilliger, Kathrin Aletta, Jenni Thier

Produktionsredaktion: Christoph Fisch, Caspar Hesse, Manuela Kessler, Connie Landolt, Benno Matti, Lucie Paška, Roland Tellerbach, Stefan Reiz Schweizer, Robin Schwarzenbach

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz, Reto Gratwohl

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei. **Blattplanung:** René Sommer. **Korrektur:** Yvonne Betttschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Visuals:** David Bauer. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV / Format:** Silvia Fleck. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwissen

NZZ-MEDIEN GRUPPE

Felix Graf (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)

NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat), Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 1. 3. 2018

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors